

Rede zum Grünen Pass

Giorgio Agamben, vor dem italienischen Senatsausschuss für Verfassungsfragen, 7.10.2021

Ich werde nur auf zwei Punkte eingehen, die ich den Parlamentariern, die über die Umsetzung des Dekrets in ein Gesetz abstimmen müssen, zur Kenntnis bringen möchte. Der erste ist der offensichtliche - ich betone: offensichtliche - Widerspruch in dem fraglichen Dekret. Sie wissen, dass sich die Regierung mit einem speziellen Gesetzesdekret, Nr. 44 aus dem Jahr 2021, dem so genannten strafrechtlichen Schutzschild, das jetzt in ein Gesetz umgewandelt wurde, von jeglicher Haftung für durch den Impfstoff verursachte Schäden befreit hat. Wie schwerwiegend diese Schäden sein können, zeigt die Tatsache, dass in Artikel 3 des fraglichen Dekrets ausdrücklich die Artikel 589 und 590 des Strafgesetzbuchs erwähnt werden, die sich auf Totschlag und fahrlässige Körperverletzung beziehen.

Wie maßgebliche Juristen festgestellt haben, bedeutet dies, dass der Staat sich nicht in der Lage sieht, die Verantwortung für einen Impfstoff zu übernehmen, dessen Testphase noch nicht abgeschlossen ist, und gleichzeitig versucht, die Bürger mit allen Mitteln zur Impfung zu zwingen, sie andernfalls vom gesellschaftlichen Leben auszuschließen und ihnen jetzt mit dem neuen Dekret, über das Sie abstimmen sollen, sogar die Möglichkeit zu nehmen, zu arbeiten.

Kann man sich eine rechtlich und moralisch anormalere Situation vorstellen? Wie kann der Staat diejenigen, die sich gegen eine Impfung entscheiden, der Verantwortungslosigkeit bezichtigen, wenn es derselbe Staat ist, der zunächst formell jede Verantwortung für die möglichen schwerwiegenden Folgen ablehnt, erinnern Sie sich an die Artikel 589 590 Tod und Verletzung durch den Impfstoff?

Ich möchte die Mitglieder des Parlaments bitten, über diesen Widerspruch nachzudenken, der meiner Meinung nach eine echte rechtliche Ungeheuerlichkeit darstellt.

Der zweite Punkt, auf den ich Ihre Aufmerksamkeit lenken möchte, betrifft nicht das medizinische Problem des Impfstoffs, sondern das politische Problem des grünen Passes, das nicht mit dem ersten verwechselt werden darf, denn wir haben schon so viele Impfungen durchgeführt, ohne dass wir dafür eine Bescheinigung vorlegen mussten.

Wissenschaftler und Ärzte haben erklärt, dass der grüne Pass an sich keine medizinische Bedeutung hat, sondern dazu dient, die Menschen zum Impfen zu zwingen. Meines Erachtens kann und sollte jedoch das Gegenteil behauptet werden, nämlich dass der Impfstoff ein Mittel ist, um die Menschen zum Besitz eines grünen Passes zu zwingen, d. h. eines Geräts, mit dem ihre Bewegungen überwacht und verfolgt werden können, eine Maßnahme, die ohne Beispiel ist.

Politikwissenschaftler wissen seit langem, dass sich unsere Gesellschaften längst von dem Modell, das man einst als Disziplinargesellschaften bezeichnete, zu dem Modell der Kontrollgesellschaften entwickelt haben, Gesellschaften, die auf einer praktisch unbegrenzten digitalen Kontrolle des individuellen Verhaltens beruhen, das dadurch in einem Algorithmus quantifizierbar wird. Wir haben uns inzwischen an diese Kontrollinstrumente gewöhnt, aber ich frage mich, wie weit wir bereit sind, diese Kontrolle zu akzeptieren? Ist es möglich, dass die Bürger einer Gesellschaft, die von sich behauptet, demokratisch zu sein, in einer schlechteren Lage sind als die Bürger der Sowjetunion unter Stalin?

Sie wissen vielleicht, dass die Bürger der Sowjetunion jedes Mal einen grünen Pass vorzeigen mussten, wenn sie von einem Land in ein anderes zogen, aber wir mussten sogar einen grünen Pass vorzeigen, wenn wir ein

Restaurant, ein Museum oder ein Kino besuchen wollten, und jetzt, was mit dem Dekret, das in ein Gesetz umgewandelt werden soll, noch schlimmer ist, sogar jedes Mal, wenn wir zur Arbeit gehen.

Wie kann man außerdem akzeptieren, dass zum ersten Mal in der Geschichte Italiens, nach den faschistischen Gesetzen von 1938 über Nicht-Arier, Bürger zweiter Klasse geschaffen werden, die Beschränkungen unterliegen, die mit denen identisch sind, die Nicht-Arier aus rein rechtlicher Sicht erleiden (natürlich haben die beiden Phänomene nichts miteinander zu tun, und ich spreche nur von einer rechtlichen Analogie).

Mit anderen Worten: Alles deutet darauf hin, dass die Gesetzesdekrete als Teil eines Transformationsprozesses der Institutionen und Regierungsparadigmen der Gesellschaft, in der wir uns befinden, gesehen werden sollten. Ein Wandel, der umso heimtückischer ist, als er, wie im Falle des Faschismus, ohne eine Änderung des Verfassungstextes, sondern heimlich erfolgt.

Das Modell der parlamentarischen Demokratien mit ihren Rechten und verfassungsmäßigen Garantien wird damit ausgehöhlt und durch ein Regierungsparadigma ersetzt, in dem die individuellen Freiheiten im Namen der Biosicherheit und der Kontrolle immer mehr eingeschränkt werden sollen. Die ausschließliche Konzentration der Aufmerksamkeit auf gesundheitliche Ansteckungen scheint mir zu verhindern, dass wir die Bedeutung dieses großen Wandels wahrnehmen und erkennen, dass die Regierungen selbst nicht müde werden, uns daran zu erinnern, dass Sicherheit und Notfälle keine vorübergehenden Phänomene sind, sondern die neue Form des Regierens darstellen.

Ich glaube, dass es unter diesem Gesichtspunkt dringend notwendig ist, dass die Parlamentarier den politischen Wandel, der sich vollzieht, sehr genau betrachten und sich nicht nur auf die Gesundheit konzentrieren. Langfristig wird das Parlament dadurch seiner Befugnisse beraubt und, wie es derzeit der Fall ist, auf die bloße Genehmigung von Dekreten im Namen der Biosicherheit reduziert, die von Organisationen und Personen erlassen werden, die mit dem Parlament nur wenig zu tun haben. Ich danke Ihnen.

Giorgio Agamben